

Gemeinsam unsere Region stärken

Beschluss des Landesparteitages am 09. Juni 2001 in Peine

Das Bewußtsein für unsere Region wächst immer stärker. Dieses wachsende Bewußtsein gilt es für die zukünftige Entwicklung unserer Region positiv einzusetzen.

Voraussetzungen für positive Effekte des Wachstums unserer Region sind: "Kooperation statt Konfrontation, gleichzeitig aber auch Wettbewerb unter Partner" – "ortsnahe Entscheidungsprozesse und Entbürokratisierung statt Doppelbürokratien".

Gemeinsam müssen wir dazu die in unserer Region vorhandenen Kräfte freisetzen und bündeln, anstatt sie durch die erneute Diskussion über eine Gebietsreform unproduktiv zu binden. Unabhängig davon muß es aber auch möglich sein, daß sich beispielsweise der Harz eigenständig und länderübergreifend als eine einheitliche Tourismusregion vermarkten kann

Der CDU-Landesverband Braunschweig hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, diese Entwicklung auch weiterhin mit vollem Einsatz zu unterstützen und voranzutreiben, um unsere Region zu stärken.

Allerdings gibt es in der SPD Kräfte, die unsere Region nach dem Vorbild der gerade entstehenden Region Hannover gestalten und damit die Abschaffung der bewährten Gebietseinheiten von kreisfreien Städten und Landkreisen in unserer Region abschaffen wollen. Fraglich ist aber, wie glaubwürdig dann eine Kandidatur gerade dieser Politiker bei der anstehenden Wahl für die entsprechenden kommunalen Gremien noch ist.

Wir sind dazu bereit, im Großraumverband Braunschweig parteiübergreifende Gespräche mit allen politischen Kräften zu führen, die eine Stärkung des Großraumes durch eine Verlagerung von Kompetenzen auf den Großraumverband aus den Aufgabenstellungen der Bezirksregierung, der Landesregierung oder den Landesverwaltungsämtern mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung mittragen wollen, denn die Bündelung regionaler Aufgaben muß sich aus der Region selbst heraus entwickeln und darf nicht durch eine parteipolitisch eingeleitete Gesetzesinitiative eingeengt werden.

Um die Entwicklung unserer Region aktiv zu begleiten und mitzugestalten, hat der Vorstand des CDU-Landesverbandes Braunschweig in enger Abstimmung mit der CDU-Fraktion im Zweckverband Großraum Braunschweig folgende Thesen erarbeitet, an denen sich die weiteren politischen Initiativen orientieren sollen.

Der CDU-Landesverband Braunschweig:

- fordert eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung über die identitätsstiftenden Landkreise und kreisfreien Städte sowie Städte und Gemeinden ein. Deshalb wollen wir die Landkreise und kreisfreien Städte erhalten
- wendet sich entschieden dagegen, auf dem Weg der Regionalisierung eine Gebietsreform im Gebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig auf kaltem Wege durchzuführen. Die "Region Hannover" kann kein Vorbild für die Region Braunschweig sein.
- ist der Auffassung, daß die Landkreise Peine, Goslar, Gifhorn, Helmstedt und Wolfenbüttel und die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg auch weiterhin geeignet sind, die Herausforderung der Zukunft in der Region Braunschweig zu meistern.

- will einen faireren Wettbewerb der Gemeinden, Städte und Landkreise in regionaler Verantwortung mit orts- und bürgernahen Kompetenzen als geeigneten Motor der Region Braunschweig.
- begrüßt und unterstützt die verstärkte Zusammenarbeit der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Lösung von Aufgaben, die effektiver und kostengünstiger von mehreren Kommunen gemeinsam wahrgenommen werden können.
- fordert, daß im Falle der Übertragung von neuen Zuständigkeiten auf den Zweckverband Großraum Braunschweig, diese nur von den Landesministerien, den Landesämtern und der Bezirksregierung Braunschweig abgegeben werden können.
- hält es für unverzichtbar, daß bei der Übernahme von Aufgaben beispielsweise von der Bezirksregierung Braunschweig durch den Großraumverband Braunschweig auch eine entsprechende Finanzausstattung durch das Land Niedersachsen erfolgen muß.
- ist bereit, auf dieser Grundlage Gespräche auf der Ebene des Zweckverbandes Großraum Braunschweig und darüber hinaus aufzunehmen.
- hält in diesem Zusammenhang zum gegenwärtigen Zeitpunkt Gesetzesinitiativen im Niedersächsischen Landtag nicht für sinnvoll.
- setzt sich zum Ziel, für die Weiterentwicklung der Region Braunschweig einen möglichst breiten Konsens zu erreichen und alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen in diesen Diskussionsprozeß einzubinden.
- erwartet zukünftig eine zielgerichtete und enge Zusammenarbeit aller Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen in der Region Braunschweig. Nur durch diese Zusammenarbeit kann die Region Braunschweig im Wettbewerb der Regionen bestehen.
- tritt für eine parteiübergreifende Kooperation ein, wenn es um die Umsetzung politischer Anliegen geht, die landes- und bundespolitische Bedeutung haben. Wir fordern vor allem die SPD auf, sich stärker an der Durchsetzung regionaler Aufgabenstellungen zu beteiligen.